

Wilsdruffer Tageblatt

Jernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Preis pro Exemplar bei Abnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Verkäufer gegenbar in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen hierzulande 15.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interimspreis 1 M. für die 6 geliebte Korpusgröße oder deren Raum, Restraum, die 2 spaltige Korpusgröße 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltige Korpusgröße 3 M. Tagesausgabe 50 Pf. Bezugsnehmern die demnächst 10 Uhr für die Müdigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumlich gebl.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 180.

Donnerstag den 4. August 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Einmachzucker. In der Zeit vom 5. bis 26. August 1921 gelangen weitere 2 Pfund Einmachzucker auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt auf den 4. Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 21.

Näheres ist aus der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittellamt, vom 29. Juli 1921, abgedruckt Sächs. Staatszeitung Nr. 175 vom 30. Juli 1921, die bei den Gemeindebehörden ausliegt, ersichtlich.

Meißen, am 2. August 1921. Nr. 342 II F. Die Amtshauptmannschaft.

Der **Schätzungsausschuß** hierorts für die staatliche Schlachtviehvericherung besteht vom 1. Juni 1921 bis 31. Mai 1924 aus Herren
Stadtrat **August Frühauß** als Vertreter der Stadt,
Bevater **Morig Koffberg** als Viehhändler,
Veterinär **Gustav Veeger**
als ordentlichen Mitgliedern;

Kleine Zeitung für eilige Leser.
* Der Oberste Rat wird nunmehr bestimmt am 8. August in Paris in dem großen Sitzungssaal des französischen Außenministeriums zusammentreten.
* Lloyd George betonte im Unterhause den Willen der britischen Regierung, für eine gerechte Lösung der Oberschlesischen Frage eintreten zu wollen.
* In Rußland will man eine neue weitreichende Verschönerung gegen die Sowjetregierung entdeckt haben, die mit französischem Kapital gestützt war.

Der Aufmarsch.
Man rüftet sich — zum Kampf darf man ja wohl nicht sagen — aber doch zu der großen Entscheidung, die endlich über Oberschlesien fallen soll. Der deutsche Reichskanzler nimmt an der Wasserfront das Wort, um die unüberwindbare weltwirtschaftliche Bedeutung dieses Augenblickes hinzuweisen. Lloyd George wird nicht müde, im Unterhause zu erklären, daß ihm eine gerechte Lösung der ober-schlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsergebnisses und der Bestimmungen des Friedensvertrages am Herzen liege. Und da er in der Unterhausdebatte am Montag aus Zwischenrufen erkennen mußte, daß diese schon oft gehörten allgemeinen Redewendungen nicht allenthalben für ausreichend gehalten wurden, fügte er hinzu, daß es die Aufgabe der britischen Regierung sei, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Behandlung zuteil werde. Wenn er ferner gesagt haben soll, daß eine befriedigende Einigung mit der französischen Regierung über die ober-schlesische Frage erreicht worden sei, so kann sich das freilich nur auf den äußeren Gang der Verhandlungsfolge beziehen, nicht auf den materiellen Inhalt der zu treffenden Entscheidung. Denn über diesen vertritt sich einseitig noch die Kommission der technischen Sachverständigen, die in Paris zusammengetreten ist, die Köpfe, und wenn die „Times“ wichtig-merisch verhandelt, die vorgeschlagenen Grenzlinien Oberschlesiens würden von den Sachverständigen bereits in schwarz, in rot und in blau auf den Karten verzeichnet, so legt diese Meldung allein schon den Schluß nahe, daß in der Sachfrage selbst noch keine Einigkeit erzielt ist.
Die Pariser Telegramme tun freilich so, als wenn etwas anderes als eine Aufstellung Oberschlesiens und damit eine neue Grenzbestimmung der Südoberseite des deutschen Reiches überhaupt nicht mehr in Frage komme. In Wahrheit wird der Standpunkt der deutschen Regierung, daß Oberschlesien ein unteilbares Ganzes sei, und daß es auf Grund der Abstimmung vom 20. März ungeteilt beim Reich zu verbleiben habe, heute mit unverminderter Entschiedenheit geltend gemacht. Das ist auch in den am meisten von der Abtrennung bedrohten Kreisen Pleß und Rybnitz erneut zum Ausdruck gebracht worden, und wenn eine englische Kommission gerade in diesen Tagen die beiden Kreise bereist, um sich über die wahre Lage zu unterrichten, so darf daraus wohl ganz ungeschwungen der Schluß gezogen werden, daß auch für die englische Regierung die Notwendigkeit einer Aufteilung Oberschlesiens noch lange nicht festliegt. Bekanntlich waren im Kreise Pleß und Rybnitz bei der Abstimmung die Ziffern nur deshalb so ungünstig für uns, weil die polnischen Terroristen in der Abstimmungszeit das Flachland völlig beherrschten. Es wird deshalb von zahlreichen maßgebenden Oberschlesiern gefordert, in den Kreisen Pleß und Rybnitz die Abstimmung unter besserem Schutz durch die interalliierten Truppen zu wiederholen. Es wird versichert, daß die neue Abstimmung ein völlig verändertes Bild geben würde, zumal durch den dritten Aufstand die polnische Sache auch bei vielen Polen an Sympathie stark eingebüßt hat.
Die englische Auffassung scheint auch bei der italienischen Regierung Boden zu fassen. In ihrem Namen gab der Minister des Auswärtigen, Loreita, in der Kammer die Erklärung ab, daß es Italiens Aufgabe sei, zunächst zu verhindern, daß das heutige Gleichgewicht irgend eines Siegers verschoben werde. Deshalb

Stadtoverordneten **Oskar Bink**,
Gutsbesitzer **Georg Runge**,
Tierarzt **Max Zieschank**
als Stellvertretern, was mit Rücksicht auf die Bestimmungen in § 10 Absatz 6 der Ausführungsverordnung vom 2. November 1909 zu den Befehlen, die staatliche Schlachtviehvericherung betreffend, bekanntgemacht wird.
Wilsdruff, am 2. August 1921. Der Stadtrat.

Grumbach.
Wegen Bortrichtung und Reinigung bleibt das Gemeindeamt Freitag den 5. und Sonnabend den 6. August geschlossen.
Dringliche Geschäfte werden an beiden Tagen in der Zeit von 11—12 Uhr vorm. erledigt.
Grumbach, am 3. August 1921. Der Gemeindevorstand.

werde Italien den Richtlinien Englands folgen, ohne darum Frankreich zu reizen, dessen Freundschaft für Italien notwendig sei. Zwischen Polen und Deutschland, deren Beziehungen keineswegs gebessert seien, zu vermitteln, liege nicht in der Absicht Italiens, frühere Versuche dieser Art seien gescheitert und hätten nur Schaden gestiftet. Das ist wenig, aber deutlich. Viel Honig werden die französischen Wienen aus diesen Worten für ihre Zukunftspläne nicht gewinnen können. Im Gegenteil, die Wendung von dem aufrecht zu erhaltenden gegenwärtigen Gleichgewicht, berührt sich zu sehr mit englischen Gedanken, als daß ihr Sinn und ihre Tendenz zweifelhaft sein könnten. Auch für England handelt es sich sehr darum, zu verhindern, daß eine Macht des europäischen Festlandes für alle Zeiten das Übergewicht erhält. Vorübergehend im Orange unmittelbarer Kriegsnachwirkungen konnte dieses traditionelle Ziel aller englischen Politik wohl einmal in den Hintergrund gedrängt werden, jetzt aber, da die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze auf der Tagesordnung steht, ist sein britischer Staatsmann denkbar, der hier Dinge geschehen ließe, die praktisch auf völlige Lahmlegung der britischen Politik in Europa hinausläufen.
Wie freilich Lloyd George die Aufgabe, die Herr Briand sich gestellt hat, noch durchkreuzen will, nachdem er ihn missamt De Rood und Korsantio so lange Zeit fast unbehindert schalten und walten ließ, ist sein Geheimnis. Er wird aber in der zweiten Augustwoche zeigen müssen, daß ein britischer Staatsmann Lebensinteressen des Reiches auch im Widerstreit mit „alliierten und assoziierten Nationen“ nicht preisgeben kann.
Das Programm der Konferenz.
Nach Pariser Blättermeldungen sind die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates an die Regierungen von England, Italien, Amerika, Belgien und Japan gerichtet. Gleichzeitig wurden die genannten Regierungen von den hauptsächlichsten Fragen unterrichtet, die auf der Tagesordnung stehen. Diese sind:
Entfaltung von Verstärkungen nach Oberschlesien, Festlegung der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien, Auslegung der Volksabstimmung, die seit März und April in Anwendung befindlichen wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen (Frankreich beantragt Aufrechterhaltung, England Aufhebung), Urteile gegen die Kriegsschuldigen und Leipziger Prozesse, Maßnahmen, um dem wirtschaftlichen Elend in Rußland entgegenzuwirken, Entwaffnung Deutschlands, Maßnahmen zur Durchführung einer Wirtschaftskontrolle, Orientsfrage und schließlich die albanische Frage.
Entweder — oder.
Oberschlesien als Angelpunkt der europäischen Politik.
Die Lage, in denen das Schicksal der deutschen Provinz Oberschlesien endgültig entschieden werden soll, haben heran. Wenn nicht alles täuscht, wird kein weiterer Aufschub der Konferenz des Obersten Rates eintreten und binnen kurzem entweder die einzig gerechte, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker gewählteste Lösung des ober-schlesischen Problems in Gestalt der Rückgabe des ungeteilten Abstimmungsgebietes an sein Mutterland Deutschland zum unabänderlichen festen Grundstein des internationalen Rechts geworden sein, oder eine kurzfristige, die Gebote des Rechts und der nationalen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten mißachtende Zerreißung dieses Landes wird den Reim zu unübersehbaren neuen Verwicklungen und Erschütterungen des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens Europas bilden. Wenn in diesen schicksalsschweren Tagen der deutsche Reichskanzler nach Bremen gefahren ist, um dort in einer großen Versammlung über Oberschlesien zu sprechen, so muß das als die letzte bedeutsame Kundgebung der Regierung vor dem Beschluß des Obersten Rates angesehen werden, in der allen zur Mitwirkung an der Entscheidung berufenen Personen nochmals die Folgen vor Augen geführt werden sollen, die ihre Entscheidung so oder so nach sich ziehen muß. Daß keine deutsche Regierung den Verlust Oberschlesiens ertragen kann, ist ohne jedes Schwanken immer und immer wieder festgesetzt worden. Ein Hamburger Blatt ist jetzt in der Lage, in diesem Zusammenhang eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite zu veröffentlichen, worin zu der
Frage eines Austritts des Kabinetts Stellung genommen wird. Unter Berufung auf die bekannten Äußerungen des Reichskanzlers Dr. Brüch und des Reichsjustizministers Dr. Schiffer stellt die Zuschrift fest, daß sich das Ministerium vollständig klar über die Notwendigkeit seines Austritts sei, falls es in der ober-schlesischen und in der Angelegenheit der „Sanktionen“ seinen Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, daß Parlament teile in seiner übergroßen Mehrheit den Standpunkt der Regierung und werde nicht tun, um die Konsequenzen hinauszuhalten, die die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei. Wörtlich heißt es dann:
„Von der Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanktionen hängt also das Schicksal des Kabinetts ab, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus das Schicksal eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie jungmännlich Deutschlands und der Gerechtigkeit erginge sondern auch dann, wenn sie ganz oder zu einem wesentlichen Teil hinausgezögert würde. Eine weitere Verschleppung, sei es durch eine Verschiebung der Konferenz, sei es auch durch eine internationale Verwaltung des Industriegebietes unter Aufsicht der endgültigen Zuteilung, wäre ebenso unerträglich wie eine positiv ungünstige Entscheidung.“
Diese Erklärungen knüpfen unmittelbar an die früheren Veröffentlichungen an, in denen gleichfalls festgesetzt wurde, daß kein deutsches Kabinett, ganz gleich, ob es aus der Mitte oder von links oder rechts gebildet sei, den Verlust Oberschlesiens überdauern kann. Es ist jetzt der rechte Augenblick, die gesamte politische Welt nochmals auf den Ernst dieser Feststellungen hinzuweisen, denn es handelt sich, falls Dr. Brüch sich aus einem solchen Grunde zum Rücktritt gezwungen sehen sollte, nicht um einen gewöhnlichen Kabinettswechsel, sondern um eine so schwere innere Erschütterung unserer Staatswesens, daß kein Mensch wissen kann, wer dann die Regierung übernehmen soll. Das würde nicht ohne Rückwirkung auf die großen schwebenden Probleme der Reparation und der Wiederanbahnung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen bleiben, so daß auch die Entente alle Ursache hat, nochmals genau nachzuprüfen, ob ihr bevorstehender Entschluß auch auf einwandfreien Grundlagen beruht. Bekanntlich hat die Entente nach dem Friedensvertrag in begrenztem Maße freie Hand für ihre Entscheidung, denn die Abstimmung ist dafür nicht bindend, sondern nur die Grundlage, gewissermaßen nur Anhaltspunkt, nicht bereits selbst Entscheidung. Dennoch ist sie natürlich von starkem Einfluß und gerade deshalb müssen die Ungerechtigkeiten der Abstimmung möglichst ausgeglichen werden, wenn die auf dieser Abstimmung beruhende Entscheidung gerecht sein soll.
Ob dieser nur allzu gerechtfertigte Wunsch in Erfüllung geht, ist leider sehr ungewiß, aber es muß befüchtet werden, daß, wenn ohne solche vorher geschaffenen Klärungen eine ungerechte Entscheidung getroffen wird, Oberschlesien zum Herz neuer Unruhen anfangt zu einer Quelle reicher wirtschaftlicher Produktion wird. Das ist augenblicklich der Angelpunkt der gesamten europäischen Politik. Der Oberste Rat hat es in der Hand, sie in friedliche fruchtbringende Bahnen, oder in neue Wirrnisse und Verluste hineinzuführen. Entweder — oder!

Schwere Anklagen gegen Hoover.
Die geheimnisvollen 33 Millionen Dollar.
Gegen den bekannten amerikanischen Lebensmittelkontrollleur Hoover, der in der Verforgung Europas mit Nahrungsmitteln kurz nach dem Kriege eine so große Rolle spielte, werden jetzt in der amerikanischen Presse aufsehenerregende Beschuldigungen erhoben, deren Wichtigkeit natürlich noch einer genaueren Prüfung bedarf. Eine